



Protokoll

32. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 7. April 2025, 19:00 Uhr bis 19:32 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Postulat 604/2025 von Marco Kranner (Grünliberale), Andreas Pauling (Grünliberale) und Josua Graf (Grünliberale): Strategie und finanzielle Planung Infrastrukturaufgaben der nächsten Jahre
- 4 Postulat 605/2025 von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Angelika Zarotti (SP): Sicherer Schulweg
- 5 Postulat 609/2025 der Grüne-Fraktion: Einführung der «easyvote»-Abstimmungshilfe für junge Erwachsene in Uster
- 6 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Hans Denzler (SVP), Präsident
Protokoll	Daniel Reuter, Ratsschreiber
Anwesend	35 (ab 19:28 Uhr 36) Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Entschuldigt	Silvio Foiera-Jenzer (EDU), Stimmzähler, bis 19:28 Uhr Pascal Sidler, Stadtschreiber
Medien	Jan Gubser, AvU

Der Präsident begrüsst die Medienleute und das Publikum auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Stimmzähler Silvio Foiera-Jenzer abwesend, Ersatzwahl ad hoc

Es wird vorgeschlagen und gewählt:

Andres Ott (SVP).

1 Mitteilungen

Motion 2000/2025 von Markus Ehrensperger (SVP) und Jürg Krauer (FDP) vom 1. April 2025 (sic!): Einführung des Inventars der schützenswerten Parkplätze von Uster (ISPU)

Präsident Hans Denzler (SVP): *Der guten Ordnung halber teile ich Ihnen mit, dass dieser Vorstoss nicht im Geschäftsverzeichnis des Gemeinderats verzeichnet werden konnte. (Bedauern und Heiterkeit im Saal)*

Fraktionserklärungen

Für die Grüne-Fraktion verliest **Dominic Ramspeck (Grüne)** folgende Fraktionserklärung: *Wagerenstrasse 47 – verheerende Konsequenzen des Referendums! Im Gesundheitsbereich, vor allem auch in Spitälern, herrscht Fachkräftemangel. In Bezug auf Lohn und Arbeitszeiten sind den Arbeitgebern jeweils enge Grenzen gesetzt. Wichtig sind darum Nebenleistungen, die den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegenkommen.*

Das Spital Uster wird seine eigene Kinderkrippe an der Wagerenstrasse aufgrund des Landverkaufs aufgeben. Die Schliessung auf Ende August 2025 ist bereits kommuniziert. Die Betroffenen können ihre Kinder nun in eine weiter entlegene Ersatz-Kita bringen.

Ist man der Ansicht, dass Erwerbstätige mit Kindern selbst dafür verantwortlich sind, wie sie Arbeit und Nachwuchs unter einen Hut bringen, mag das eine passable Lösung sein.

Ist man jedoch der Meinung, dass Familien in unserer Gesellschaft wichtig sind, und eine gute Kinderbetreuung hilft, Fachkräfte im Job zu halten, sieht die Sache weniger rosig aus.

Die SVP, die FDP, die Mitte und die EDU haben mit ihrem Referendum gegen den Kauf der Wagerenstrasse 47 einen strategischen Fehler gemacht. Die eigentlichen Verliererinnen und Verlierer der Abstimmung vom 9. Februar über den Landkauf durch die Stadt Uster sind die betroffenen Kinder und Familien; der Spital und seine Mitarbeitenden.

Zu hoffen ist, dass sich unsere Stadtpräsidentin als Verwaltungsrätin des Spitals Uster der Sache annimmt; dass sie sich einsetzt für den Erhalt einer Kinderkrippe in der Nähe des Spitals, aber auch für die Weiterbeschäftigung des betroffenen Kita-Personals. Soweit möglich sollte auch die Stadt Uster Hand bieten für eine bessere Lösung als die bisher präsentierte.

Persönliche Erklärungen

Andres Ott (SVP) verliest folgende Erklärung: *Der Stadtrat Wetzikon wünscht sich keinen Anschluss an die Oberlandautobahn. Meiner Meinung nach ein egoistischer und kurzfristiger Entscheidung. Sie befürchten vor allem einen Mehrverkehr wegen dem Autobahn Anschluss.*

Eine Autobahn ist die effizienteste, unfallärmste Möglichkeit für den Verkehr, wegen der Richtungstrennung, Übersichtlichkeit und direkter Streckenführung kommt der Güter-, Fernbus- und Individualverkehr schnellstens zu seinem Ziel.

In geeigneten Abständen sollte es deshalb Anschlüsse daran haben, sonst muss entschieden werden durch welche Dörfer am besten gefahren werden soll.

Orte welche eine gute verkehrstechnische Anbindung haben, blühen in der Regel auf und können einfacher Wohlstand aufbauen.

Die Hinwiler Regierung freut sich nicht über den Entscheid von Wetzikon, weil so viel mehr Zu- und Abfahrten über ihr Gemeinde Gebiet stattfinden werden. Ausserdem müssen sie in Zukunft überlegen, ob sie für auf die Autobahn Richtung Brüttsellen, sich durch Wetzikon quälen oder den Umweg über den Betzholzkreisel wählen sollen.

Zum Glück haben wir hier in Uster nicht nur einen Autobahn-Anschluss. Hätten wir zum Beispiel nur Uster West müssten alle welche Richtung Wetzikon auf der Autobahn unterwegs sind quer durch Uster fahren und umgekehrt. Ich habe schon einige Male erlebt, was dies heissen würde, immer dann, wenn ein Unfall die Oberlandautobahn versperrt, dann sehen wir wieder wieso die Zürichstrasse früher zweispurig war dies war früher mit noch viel weniger Verkehr nötig.

Was wir jetzt benötigen, sind Ideen, wie wir unseren Nord-Süd-Verkehr lösen können, sowie eine Verflüssigung an den stark belasteten Knotenpunkten erreichen.

Mein zweites Anliegen sind unsere Stadtfinanzen. Im 2025 haben wir Investitionen von 36 Mio. und im 2026 41 Mio. eingeplant und es könnte erfahrungsgemäss noch viel höher kommen. Als Politiker haben wir eine finanzielle Verantwortung, wir entscheiden hier über, das Geld unserer Mitbürger, deshalb müssen wir ein Haushaltsgleichgewicht einhalten, bei jeder Ausgabe über die Notwendigkeit und Dringlichkeit nachdenken, es soll wirtschaftlich und zweckmässig sein.

Grosse Projekte stehen bei uns an und viele Unterhaltsarbeiten, damit wir nicht in grosse Bedrängnis kommen müssen wir bei allen Geschäften das Nötige machen, aber wohl oft das wünschbare zurückstellen. Sonst rauben wir den zukünftigen Generationen, die Möglichkeit eigene Entscheidungen treffen zu können und ihre eigenen Wünsche zu verwirklichen zu können.

Vor allem den Stadtrat möchte ich in die Pflicht nehmen, sein Versprechen beim Budget 2026 einzu lösen und eine wirksame Priorisierung seiner Projekte einzuplanen.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 31. Sitzung des Gemeinderates vom 17. März 2025 ist am 25. März 2025 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen.

Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgEr GR als genehmigt.

3 Postulat 604/2025 von Marco Kranner (Grünliberale), Andreas Pauling (Grünliberale) und Josua Graf (Grünliberale): Strategie und finanzielle Planung Infrastrukturaufgaben der nächsten Jahre

Von Marco Kranner (Grünliberale), Andreas Pauling (Grünliberale) und Josua Graf (Grünliberale) ist am 13. Januar 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Investitionen der nächsten 10-15 Jahre priorisiert werden sollen. Insbesondere soll aufgezeigt werden, welche Schritte nötig sind, um zur Verzeichtsliste zu kommen und wie die Kriterien für diese Liste erarbeitet werden. Weiter soll der Stadtrat die Strategie aufzeigen, wie die Instandhaltung der städtischen Infrastruktur geplant, durchgeführt und finanziert wird.

Begründung

In der Budget-Sitzung des Gemeinderats vom 9. Dezember 2024 wurde intensiv über den Steuerfuss der Gemeinde diskutiert. In dieser Debatte wurde eine Steuersenkung, eine Steuererhöhung sowie das Belassen des aktuellen Steuerfusses beantragt.

Ein wichtiger Faktor der Steerdiskussion waren die anstehenden Kosten für die Instandhaltung der städtischen Infrastruktur, insbesondere jene der Heime und Schulen. Die Antragsteller der Steuererhöhung wollten sicherstellen, dass die finanziellen Mittel für die anstehenden Instandhaltungen der Infrastruktur zur Verfügung stehen. Da die zusätzlichen Mittel aus einer möglichen Steuererhöhung vom Stadtrat nicht eingeplant waren, bestand im Rat die Befürchtung, dass dieses zusätzliche Kapital zum Teil für die Verwaltung verwendet würde und so nicht wie gewünscht, gänzlich für die Investitionen in die Instandhaltung der Infrastruktur zur Verfügung steht.

Gemäss Analysetool Stratos muss in den nächsten 15 Jahren mit einem Investitionsvolumen von ca. 700 Millionen Franken für Instandhaltung gerechnet werden, wenn die in Jahre gekommenen städtischen Objekte erneuert werden müssen. Gemäss nicht bestätigter Quellen plant der Stadtrat in nächster Zeit eine Aufstellung verzichtbarer Investitionen. Es wurde erklärt, dass unter «verzichtbarer Investitionen» zu verstehen ist, dass auf die Instandhaltung gewisser Infrastruktur vollständig verzichtet wird. Und das auch in Zukunft.

Im Falle einer Verzeichtsliste ist immer noch mit geschätzten 500 Millionen Franken Instandhaltungskosten zu rechnen. Dies ist mit dem aktuellen Steuerfuss nicht zu bewältigen. Es stellt sich nun die Frage, wie der Stadtrat die Planung der nächsten 10-15 Jahre in Bezug auf die Instandhaltungskosten in Angriff nimmt.

Marco Kranner (Grünliberale) begründet das Postulat: *Die nächsten Jahre wird für die Stadt Uster in Bezug auf die Erhaltung der städtischen Infrastrukturen eine Herausforderung. Viele Gebäude und andere Infrastruktur der Stadt müssen auf den neusten Stand gebracht oder auf die neusten Herausforderungen angepasst werden. Gemäss Analysewerkzeug «Stratos muss in den nächsten 15 Jahren mit einem Investitionsvolumen von ca. 700 Millionen Franken gerechnet werden. Diese 700 Millionen Franken können mit den heutigen Einnahmen der Stadt aber nicht finanziert werden. Es müssen gewisse Massnahmen eingeleitet werden, damit die Erhaltung der Infrastruktur sichergestellt werden kann. Eine erste Massnahme hat man bereits in der Budgetsitzung vom Dezember 2024 diskutiert, ob eventuell der Steuersatz erhöht werden soll. Der Rat hat in der letzten Budget-Sitzung beschlossen, dass der Steuersatz auf dem aktuellen Niveau verbleiben soll. Somit ist kurzfristig nicht mit Mehreinnahmen zu rechnen. Eine andere bereits erwähnte Massnahme ist eine Verzeichtsliste. In die Verzeichtsliste sollen vom Stadtrat Infrastrukturobjekte eingetragen werden, welche zukünftig keine strategische Funktion in der Stadt zu erfüllen haben und demnach nicht erneuert werden. Elemente der Verzeichtsliste müssen zwangsweise für eine lange Zeit auf der Liste bleiben, damit die Investitionsplanung nachhaltig funktioniert. Gemäss ersten Schätzungen geht man anhand der Verzeichtsliste mit einer Einsparung vom ca. 200 Millionen Franken aus, was dazu führt, dass weiterhin 500 Millionen Franken investiert werden müssen.*

Der Stadtrat hat heute bereits im Rahmen der Investitionsplanung grosse Herausforderungen, wie die verfügbaren Mittel eingesetzt werden sollen. Es geht nun darum, dass der Stadtrat einen Plan erstellt, welche bestehende Infrastruktur modernisiert werden muss und anhand der Verzeichtsliste welche nicht, was in Zukunft zwingend zusätzlich an Infrastruktur benötigt wird und wie die finanziellen Mittel dafür beschafft werden können. Es soll eine klare Infrastrukturstrategie mit entsprechender Finanzierung geschaffen werden, welche die Leistungsqualität der Stadt auch in den nächsten Jahren gewährleisten kann.

Die Grünliberale/EVP-Fraktion unterstützt dieses Postulat mit dem Ziel, dass eine nachhaltige Strategie erarbeitet wird, welche die Stadt auch in Zukunft zu einem attraktiven Wohnort macht.

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen (Stadtratsbeschluss 78 vom 4. März 2025. Referent: Stadtrat Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen).

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Gianluca Di Modica (FDP)**: *Die Wunschliste des rot-grünen Stadtrats ist mit über CHF 700 Millionen an Investitionen ganz offensichtlich zu lang geraten. Zu diesem Schluss kam der Stadtrat sogar selber und kündigte an der Budgetsitzung in seinem Eintretensreferat eine Kürzungsplanung an.*

Es ist wichtig, dass die Diskussion, wie mit dieser Bugwelle and Investitionen umgegangen werden soll intensiviert wird.

Wir von der FDP/Die Mitte-Fraktion haben die Bedenken zu diesem Investitionsvolumen schon mehrfach zum Ausdruck gebracht und entsprechende Kürzungsanträge z.B. bei den Planungskrediten für die Heime oder Abfallsammelstelle eingebracht. Leider erkannte die Mehrheit des Gemeinderats die Zeichen der Zeit nicht und die Anträge fanden keine Mehrheit.

Doch die Stimmbevölkerung von Uster ist offensichtlich nicht mehr gewillt, übertriebene und in der Notwendigkeit fragwürdige Projekte einfach so durchzuwinken. Beispiele dazu sind die Abstimmungen zur Unteren Farb oder zum Landkauf an der Wagerenstrasse. Eine weitere, gleichgerichtete Abstimmung steht uns diesen Mai bevor, wenn es um die zu teure und zu kleine Abfallsammelstelle am fraglichen Standort in der Loren geht.

Wir hoffen, dass der Stadtrat – nicht zuletzt auch angestossen durch dieses Postulat – zur Vernunft kommt und seinen hoffentlich zwischenzeitlich schon eingeschlagenen Weg konsequent geht und die Investitionsplanung rigoros und schonungslos einer Verzichtplanung unterzieht und dabei nach effektiver Notwendigkeit priorisiert und bei den priorisierten Projekten mit budgetbezogenem Augenmass ans Werk geht.

Die FDP/Die Mitte-Fraktion dankt den Postulanten für diesen Vorstoss und dem Stadtrat für seine Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen und stimmt der Überweisung zu.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei (Grüne)**: *Eigentlich klingt dieses Postulat hervorragend: Für die nächsten 10 bis 15 Jahre die Investitionen zu priorisieren, eine Verzichtplanung zu erstellen und gleichzeitig die Instandhaltung der städtischen Infrastruktur gewährleisten, das macht Sinn.*

Bloss: Vor ziemlich genau vier Monaten haben wir das Budget 2025 behandelt. Wer das Protokoll dazu liest, lernt Folgendes (Seite 9): «Der Stadtrat verspricht, beim nächstjährigen Budgetprozess bei der Investitionsplanung auf eine «fokussierte Verzichtplanung und eine konsequente Priorisierung» zu setzen.»

Mit anderen Worten: Das Postulat verlangt genau das, was der Stadtrat eh schon machen muss. Genauso gut könnte man einen Vorstoss einreichen, dass der Stadtrat im nächsten Herbst ein Budget vorlegen oder bei seinen Entscheiden die Gesetze der Schwerkraft berücksichtigen soll. Wenn sich die Grünliberalen mit doppelt-gemoppelt besser fühlen, wollen wir Grünen uns nicht gegen die Überweisung ihres Postulats stemmen. Unter diesem Gesichtspunkt können wir es auch nachvollziehen, dass der Stadtrat bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen: Einer Forderung, die er eh schon eingeplant hat, kann er problemlos zustimmen.

Gleichzeitig hoffen wir Grünen, dass bis zu den Wahlen in einem Jahr der Nutzen von Vorstössen erkennbar bleibt.

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *Die Begründung des Postulats erinnert stark an mein an der Budgetsitzung im Dezember 2024 gehaltenes Votum. Die Übernahme von Ideen und Grundlagen ist erlaubt. In diesem Fall erlaube ich mir dennoch, den Grünliberalen Rechnung zu stellen mit folgendem Text:*

«Für die Erarbeitung der Grundlagen für das Postulat 604/225 betreffend Strategie und finanzielle Planung Infrastrukturaufgaben der nächsten Jahre stellen wir Rechnung.

Die Grundlagen wurden von uns im Hinblick auf die Debatte um das Budget 2025 erstellt. Die Rechnungshöhe bemisst sich am Investitionsvolumen von CHF. 700 Mio. (ohne Finanzvermögen und Spezialfinanzierung), wobei ein Franken pro Fr. 10 Mio. Investitionen in Rechnung gestellt wird. Dabei berücksichtigt sind schon Toleranzen, Freundschaftsrabatte und ausserordentliche Kulanzen. Total CHF 70» (Heiterkeit im Saal)

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung: *Der Stadtrat ist gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.*

Der Stadtrat hat sich schon einige Gedanken gemacht, wie mit dem hohen geplanten Investitionsvolumen umgegangen werden kann. Die hohen Investitionsvorhaben entsprechen einerseits dem Werterhalt, aber nicht nur, ein grosser Teil sind auch Forderungen und Wünsche, die sich aus der Strategie 2030 ergeben. Die geplanten Investitionen haben nun aber ein Ausmass erreicht, das so nicht mehr machbar ist. Der Anzeiger von Uster hat mich vor kurzem mit der Aussage zitiert: «So kann es nicht mehr weiter gehen.» Denn es ist klar, dass ein solches Volumen nicht zu stemmen wäre.

Deshalb ist der Stadtrat schon jetzt, wie in der Budgetsitzung angekündigt, intensiv daran, sich mit der Finanzplanung der nächsten 4 Finanzplanjahre, aber auch der nächsten 15 Jahr zu beschäftigen. Er hat Kriterien zur Beurteilung und Priorisierung festgelegt (wie: strategische Bedeutung, Realisierbarkeit und operative Dringlichkeit). Er hat sich auch intensiv mit der Frage des Werterhalts der Infrastruktur beschäftigt. Die klare Haltung des Stadtrates ist es, dass hier keine Abstriche gemacht werden dürfen. Wenn man heute spart, indem man die Infrastruktur verlottern lässt, muss das einfach die nächste Generation ausbaden, das wollen wir nicht. Der Stadtrat wird die Werterhaltung Hochbau, Tiefbau und der übrigen Infrastruktur und Mobilien sichern. Und zwar so, dass trotzdem noch ein politischer Handlungsspielraum bleibt für neue Projekte und Innovation. Die Kunst des Investierens besteht im Prinzip darin, dass man den Werterhalt macht, indem man gleichzeitig die Anlagen den neusten Anforderungen anpasst.

Die von den Postulanten erwähnten Zahlen von 700 Mio. allein für Instandhaltung können wir hingegen nicht bestätigen. Und ebenso wenig eine Steuererhöhung, die ja dann in der Höhe von über 20 Steuerprozent anzusetzen wäre, was völlig illusorisch wäre und auch gegen unsere finanzpolitischen Ziele verstossen würde.

Der Stadtrat ist also schon daran, im Rahmen der Budgetberatung 2026 die finanzpolitischen Zielsetzungen und Priorisierungen zu konkretisieren. All das werden wir in der Postulatsantwort gerne etwas genauer darlegen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen:

- 1. Das Postulat 604/2025 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

4 Postulat 605/2025 von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Angelika Zarotti (SP): Sicherer Schulweg

Von Peter Mathis-Jäggi (SP) und Angelika Zarotti (SP) ist am 10. Januar 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob und wie ein sicherer Schulweg durch eine bessere Signalisierung machbar wird bei den verschiedenen Schulanlagen.

Begründung

Mit dem Abbruch der Passerelle in Oberuster wurde die Sicherheit einer Querung der Aathalstrasse massiv verschlechtert. An den neuen Fussgängerstreifen (bei der Sulzbacherstrasse, beim Talweg, direkt beim Schulhaus und bei der Steigstrasse) gibt es leider immer wieder prekäre Situationen.

Dies ist übrigens auch andern Orts z.B. bei der Hohlen Gasse (Kindergarten Wanne) an der Sonnenbergstrasse, beim Krämerackerschulhaus an der Zürichstrasse zu beobachten.

Allgemein kann man sagen, dass die Signalisation eher mager ist bei diesen Übergängen und Schulanlagen. Eine zusätzliche Bodensignalisierung (Achtung Schule) würde sicherlich helfen.

Peter Mathis-Jäggi (SP) begründet das Postulat: *Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Leider findet der Stadtrat diesen Weg nicht. Seine Antwort, welche eine Ablehnung des Postulats empfiehlt, beinhaltet keinerlei Wille, präventiv zu wirken. Das finde ich ehrlich gesagt beschämend. Dabei wären doch positive Beispiele vorhanden. Zum Beispiel in Niederuster mit seiner temporären Temporeduktion, speziell um die Querung der Strasse durch die Schüler zu erleichtern. Oder gar neuerdings in Nossikon, wo eine Kreuzung, gesichert durch Stopstrassen, zur Tempo – 30 Zone wird.*

Es wäre tatsächlich sinnvoller, die von uns bemängelten Strassenabschnitte durch eine Tempo-30-Zone zu entschärfen. Doch das haben wir ja gar nicht verlangt.

Wie auch immer, um weitere Ausreden zu vermeiden, ziehen wir das Postulat zurück.

Das Postulat wird zurückgezogen.

Das Geschäft erledigt.

5 Postulat 609/2025 der Grüne-Fraktion: Einführung der «easyvote»-Abstimmungshilfe für junge Erwachsene in Uster

Von der Grüne-Fraktion ist am 3. Februar 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob die Einführung der Abstimmungshilfe «easyvote» des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente (DSJ) für junge Erwachsene in Uster möglich ist. Dabei soll geprüft werden:

1. Die Zustellung der «easyvote»-Broschüren an alle Ustermer Stimmberechtigten im Alter von 18 bis 25 Jahren.
2. Die Integration des «easyvote»-Angebots in die bestehenden Kommunikationsmassnahmen der Stadt zur politischen Bildung und Partizipation junger Erwachsener.
3. Die Kosten für verschiedene Versandvarianten (Direktversand durch Stadt oder Versand durch Drittfirma)

Begründung

Die Stimm- und Wahlbeteiligung junger Erwachsener liegt nach wie vor deutlich unter dem Durchschnitt. Ein wichtiger Grund dafür ist die Komplexität der Abstimmungs- und Wahlunterlagen, die viele junge Stimmberechtigte überfordert. Die Stadt Uster hat ein grosses Interesse daran, dass sich junge Menschen aktiv am politischen Leben beteiligen.

«easyvote» hat sich als effektives Instrument zur Förderung der politischen Partizipation junger Erwachsener bewährt. Aktuell nutzen bereits 560 Gemeinden in der Schweiz dieses Angebot. Die Abstimmungshilfe bereitet politische Informationen zielgruppengerecht auf und bietet neben den gedruckten Broschüren auch digitale Formate wie eine App und Erklärvideos an.

Die Broschüren werden klimaneutral produziert, wobei der CO₂-Ausstoss durch Beiträge an Klimaschutzprojekte kompensiert wird. Die Informationen werden von rund 200 ehrenamtlich tätigen jungen Menschen aus der ganzen Schweiz aufbereitet, was die Nähe zur Zielgruppe garantiert.

Aktuelle Studien und der «DSJ Jugend- und Politikmonitor» zeigen, dass der Postversand trotz digitaler Medien nach wie vor die effektivste Methode ist, um alle jungen Stimmberechtigten gleichermassen zu erreichen. Die «easyvote»-Broschüren können zudem optimal mit der politischen Bildung an den Schulen verknüpft werden.

Die Beispiele aus anderen Gemeinden wie Wetzikon und Dübendorf zeigen, dass sich die jungen Leserinnen und Leser dank der «easyvote»-Abstimmungsbroschüre motivierter fühlen, an Abstimmungen teilzunehmen. Mit der Einführung von «easyvote» würde die Stadt Uster ein wichtiges Zeichen setzen und konkret dazu beitragen, dass sich mehr junge Menschen an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen.

Für die Grüne-Fraktion begründet **Lukas Adam (Grüne)** das Postulat: *Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Die Stimmbeteiligung junger Erwachsener liegt konstant unter dem Durchschnitt. In Uster sehen wir das gleiche Bild. Wenn wir ehrlich sind, ist das auch kein Wunder. Die offiziellen Abstimmungsunterlagen sind oft in einer Sprache verfasst, die selbst für politisch Interessierte eine Herausforderung darstellt.*

Aber lassen Sie mich eines klarstellen: Es geht hier nicht um mangelndes Interesse der jungen Generation. Das aktive Engagement in den unterschiedlichsten Vereinen und die regen Diskussionen in sozialen Medien zeigen: Junge Menschen wollen sich einbringen, sie wollen mitgestalten. Was ihnen fehlt, ist ein niederschwelliger Zugang zu unserem politischen System.

Genau hier setzt easyvote an. Mit verständlichen Erklärungen, einer klaren Sprache und einem zeitgemässen Auftritt macht es komplexe Vorlagen zugänglich. Bereits 560 Gemeinden in der Schweiz haben erkannt, dass dies der richtige Weg ist. Die Rückmeldungen sind durchwegs positiv.

Nun höre ich schon die kritischen Stimmen: 'Das kostet nur Geld' oder 'Die sollen sich halt mehr Mühe geben'. Aber lassen Sie mich die Gegenfrage stellen: Was kostet es unsere Demokratie, wenn wir eine ganze Generation verlieren? Wenn junge Menschen sich vom politischen Prozess abwenden, weil die Einstiegshürde zu hoch ist?

Mit einem Jahresabonnement von weniger als 10 Franken pro Person investieren wir in die Zukunft unserer Demokratie. Das ist nicht nur kostengünstig, das ist auch nachhaltig. Denn wer früh positive Erfahrungen mit politischer Partizipation macht, bleibt meist ein Leben lang dabei.

Die Stadt Uster versteht sich als innovativ und zukunftsorientiert. Wir haben in der Region ein Jugendforum, wir fördern Jugendprojekte, wir investieren in Bildung. Die Einführung von easyvote Broschüren wäre die logische Fortsetzung dieses Engagements.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit der Überweisung dieses Postulats geben wir dem Stadtrat den Auftrag, die Einführung von easyvote Broschüren sorgfältig zu prüfen. Wir senden damit auch ein Signal an die junge Generation: Ihre Stimme ist uns wichtig, ihre Beteiligung ist erwünscht, ihre Zukunft liegt uns am Herzen.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen (Stadtratsbeschluss 75 vom 4. März 2025. Referentin: Stadtpräsidentin Barbara Thalmann).

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Dieter Hohmann (SVP)**: *easyvote – eine Abstimmungshilfe für junge Erwachsene bis 25 Jahre – klingt auf den ersten Blick sinnvoll. Doch der Nutzen ist unklar: Studien zeigen, dass die Stimmbeteiligung junger Menschen stark vom Thema abhängt – nicht vom Informationskanal. Ob easyvote tatsächlich etwas verändert, bleibt Spekulation.*

Wir sind überzeugt: Mit den offiziellen Abstimmungsunterlagen steht bereits ein zentrales, gesetzlich streng reguliertes Informationsmittel zur Verfügung. Zusätzliche Erklärungen durch externe Plattformen wie easyvote sind heikel, da sie Inhalte stark vereinfachen und – trotz gutem Willen – eine politisch gefärbte Darstellung nicht ausschliessen. Das gefährdet den Anspruch auf Neutralität. Zudem überzeugen die Formate inhaltlich kaum: Zwei A5-Seiten für nationale Vorlagen, ein kurzer Clip für kommunale Themen – unabhängig von deren Komplexität. Der Informationswert bleibt bescheiden.

Hinzu kommen erhebliche Kosten: Pro Abstimmung entstehen rasch 8'000 Franken und mehr – auch bei minimalem Umfang. Einmal eingeführt, ist die Versuchung gross, das Angebot breiter und öfter zu nutzen – mit entsprechend wachsendem Aufwand.

Die politische Bildung junger Menschen ist wichtig – aber sie ist Sache der Parteien. Gerade unsere Jungparteien leisten hier gute Arbeit: Sie schaffen echte Begegnungen, regen Diskussionen an und fördern die aktive Teilnahme – freiwillig, transparent und direkt. Das ist der Weg, den wir bevorzugen.

Die SVP/EDU-Fraktion empfiehlt, dieses Postulat nicht zu überweisen.

Für die SP-Fraktion referiert **Tanja Göldi (SP)**: *Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat für den Ausbau von easyvote in Uster klar und überzeugt.*

Ja – easyvote gibt es schon, aber bisher nur für 18-Jährige und nur für ein Jahr. Das ist ein guter Anfang – aber nicht genug. Wer Politik verstehen soll, braucht länger als ein Jahr. Wir wollen easyvote dauerhaft und breiter verfügbar machen – für alle jungen Erwachsenen und darüber hinaus.

Denn verständliche Sprache und einfache Zugänglichkeit – das ist keine Altersfrage. Viele Menschen – egal ob 18, 38 oder 78 – tun sich mit komplexen Abstimmungsunterlagen schwer. easyvote hilft genau hier: Es erklärt, ohne zu vereinfachen, es informiert neutral, in Klartext – als Heft, Video oder online.

Und es geht dabei um mehr als die einzelne Person: Politik wird oft im Austausch diskutiert – in WGs, in Familien, unter Freundinnen und Freunden. Wenn eine Person easyvote nutzt, profitieren oft mehrere. Es entsteht Gespräch, Verständnis, Beteiligung. Genau so funktioniert Demokratie im Alltag.

Darum: Ja zum Ausbau von easyvote. Ja zu mehr Verständlichkeit, mehr Austausch, mehr Teilhabe für alle Generationen.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann nimmt Stellung: *Wie in der Begründung des Postulats richtig festgehalten wird, liegt die Stimm- und Wahlbeteiligung junger Erwachsener erwiesenermassen deutlich unter dem Durchschnitt. Ein - aber nicht der einzige Grund – weshalb junge Erwachsene nicht an die Urne gehen, ist die Komplexität der Abstimmungs- und Wahlunterlagen. In diesem Zusammenhang haben sich «Easyvote» mit seinen Angeboten tatsächlich bewährt, seien das Broschüren, App's und Clips. «Easyvote» bereitet politische Informationen zielgruppengerecht auf und bringt diese so näher an die jungen Erwachsenen heran.*

Die Stadt Uster nutzt das «easyvote»-Angebot bereits seit November 2016: Alle jungen Erwachsenen, die 18 und damit volljährig werden, bekommen ein Gratulationsschreiben von uns. Darin teilen wir ihnen mit, dass sie während eines Jahres gratis die Broschüre von «easyvote» erhalten. Das kostet die Stadt jährlich rund 2'800 Franken.

Die politische Teilnahme von jungen Menschen bei Abstimmungen und Wahlen ist dem Stadtrat ein wichtiges Anliegen. Wir werden in Bericht und Antrag zum Postulat aufzeigen, wie der Stadtrat zur Anregung der Postulanten steht. Soviel sei gesagt: Bereits heute werden bei unseren kommunalen Abstimmungen die Abstimmungsweisungen in einfacher Sprache verfasst und bei Bedarf durch Erklärvideos ergänzt.

Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Er findet die grundsätzliche Stossrichtung unterstützenswert und empfiehlt dem Gemeinderat deshalb die Ueberweisung.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 23:11 Stimmen:

- 1. Das Postulat 609/2025 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Kenntnisnahmen

Referendumsfristablauf

Die Frist für das Referendum über die Weisung 50/2024 des Stadtrates (GRB 20.1.2025) ist am 31. März 2025 unbenutzt abgelaufen.

Anfragen

Folgende Anfrage ist eingereicht worden:

- 614/2025 von Gianluca Di Modica (FDP) und Jürg Krauer vom 31. März 2025: Velo(schnell)rou-ten: Markierungen «schnell» und «schnell» weg – wieso?

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 601/2025 von Peter Mathis-Jäggi (SP) vom 8. Januar 2025: «TFA im Grundwasser» (Stadtrats- beschluss vom 1. April 2025)
- 603/2025 von Paul Stopper (BPU) vom 9. Januar 2025: «Knaller- und Böllerei an Neujahr und am Nationalfeiertag» (Stadtratsbeschluss vom 1. April 2025)

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 19. Mai 2025 statt (Konstituierung für das Amtsjahr 2025/2026).

Für das Protokoll
9.4.2025

Der Ratsschreiber
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugt
17.4.2025

Der Präsident
Hans Denzler